

2019 wird ein finanziell erholsames Jahr

Erstmals seit acht Jahren sind die meisten Kantonsbudgets wieder im Plus – mit negativen Folgen für die Löhne der Staatsangestellten

JÖRG KRUMMENACHER

Die freudige Nachricht für Basel-Stadt kam vor Monatsfrist: Die internationale Rating-Agentur Standard & Poor's hob den Kanton von der zweithöchsten auf die höchste Stufe «AAA». Basel-Stadt ergänzt damit Zürich und die Waadt zum kantonalen Trio mit der höchsten Kreditwürdigkeit im Land – und ist bestens vorbereitet für die Umsetzung der Unternehmenssteuerreform. Dazu passt mit Blick auf das kommende Jahr, dass der Stadtkanton am Rheinknie einen Überschuss von 120 Millionen Franken veranschlagt. Nur Basel-Landschaft budgetiert mit 126 Millionen Franken für 2019 noch eine Nuance optimistischer.

Die finanziellen und wirtschaftlichen Aussichten der beiden Basler Kantone sind bestens. Mit gewissen Einschränkungen trifft dies auch auf die meisten anderen Kantone zu: Die finanzielle Grosswetterlage ist stabil, grössere Ausschläge wie in früheren Jahren gibt es nicht. Die rote Laterne trägt der Kanton Genf mit einem veranschlagten Minus von 89,1 Millionen Franken. Immerhin konnte sich Genf gegenüber dem Budget für das laufende Jahr, das noch einen doppelt so hohen Aufwandüberschuss vorsah, verbessern. Auch dem Kanton Zürich droht diesmal ein Defizit à la Genf: Die Zürcher Regierung veranschlagt in ihrem korrigierten Budget ein Minus von 88 Millionen Franken. Die Finanzkommission des Kantonsrats will dies allerdings in ein Plus von 147,6 Millionen Franken verwandeln. Entschieden ist noch nichts: Die Budgetberatung im Kantonsparlament endet erst kommende Woche.

Mit 71 Millionen im Plus

In 18 der 26 Kantone kann von einigermaßen ausgeglichenen Budgets gesprochen werden: Hier betragen die Überschüsse oder Fehlbeträge weniger als 30 Millionen Franken. Insgesamt ergibt sich aus den provisorischen und um Sondereffekte bereinigten Budgets aller Kantone ein leichtes Plus von 71 Millionen Franken. Es ist das erste Mal seit 2011, dass die Kantone mehrheitlich schwarze Zahlen budgetieren: 14 Kantone rechnen mit einem positiven Abschluss, 12 mit einem negativen. Weil sich die Finanz-



Basel-Stadt hat – zusammen mit Zürich und der Waadt – die höchste Kreditwürdigkeit im Land.

CHRISTOPH RUCKSTUHL / NZZ

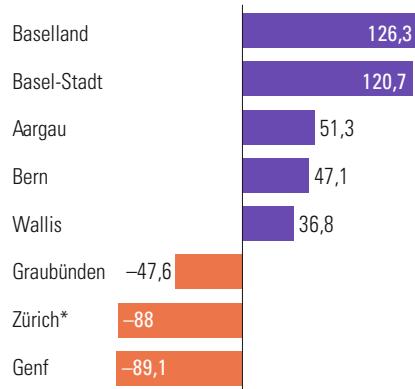
direktoren traditionell zurückhaltend zugehen und die effektiven Abschlüsse in den letzten Jahren jeweils um 1 bis 2 Milliarden Franken besser ausfielen als budgetiert, ist mit einem erholsamen Jahr 2019 für die Kantone zu rechnen.

Das zeigt sich auch bei den geplanten Investitionen: Diese betragen rund 5,9 Milliarden Franken und fallen etwas höher aus als noch für das laufende Jahr. Insgesamt wachsen die Ausgaben der Kantone weiter an: Mit 92,9 Milliarden Franken liegen sie um gut 2 Prozent höher als 2018.

Nicht alle Kantone sind indes in gleich guter Verfassung. Der Kanton Genf, der seit langem deutlich am höchsten verschuldet ist, muss ebenso ein neues Entlastungspaket schnüren wie der Kanton Obwalden. Andererseits darf sich die Bevölkerung in den beiden Kantonen Schwyz und Schaffhausen über eine

Genf hat das höchste Budgetdefizit

Kantone mit stark positiven und stark negativen Saldi 2019, in Mio. Fr.



* Zürich gemäss provisorischem Budget der Regierung.

QUELLE: FINANZDEPARTEMENTE KANTONE NZZ-Infografik/eff.

Steuersenkung freuen. Höhere Steuern sind für 2019 in keinem Kanton geplant.

Die derzeitige finanzpolitische Stabilität könnte allerdings von kurzer Dauer sein. Die Kantone sind bei der Umsetzung der Unternehmenssteuerreform gefordert; manchenorts wird diese die Budgets aus dem Gleichgewicht bringen. Zudem wird mit dem neu ausgehandelten Finanzausgleich die Mehrzahl der Nehmerkantone mit weniger Geld aus den Ausgleichstöpfen auskommen müssen.

Staatsdienst weniger attraktiv

Die anstehenden Herausforderungen könnten, hält der Trend der letzten Jahre an, zu tendenziell negativen Folgen für die Kantonsangestellten führen. Ihre Löhne sind in den meisten Kantonen kaum angehoben worden und verlieren an Konkurrenzfähigkeit gegen-

über der Privatwirtschaft. Das zeigt der Blick auf das laufende Jahr, in dem bei einer Teuerung von 0,9 Prozent die Real-löhne im öffentlichen Dienst in beinahe allen Kantonen gesunken sind. Für das kommende Jahr zeigen sich einzelne Kantone wieder etwas grosszügiger, indem sie Lohnanpassungen um 1,0 bis 1,5 Prozent gewähren. Dazu gehören Glarus, Basel-Landschaft, Schaffhausen, Aargau, Solothurn oder Graubünden. Andere Kantone wie Bern verzichten auf einen Teuerungsausgleich oder stellen nurmehr Gelder für einzelne individuelle Lohnerhöhungen bereit.

Unter den Personalverbänden des öffentlichen Dienstes hat sich Unmut breitgemacht. «Wenn nicht heute, wann dann?», fragte der Verband Öffentliches Personal Schweiz und forderte eine Realloohnerhöhung um mindestens 2 Prozent. Das blieb unrealistisches Wunschdenken. In Schaffhausen beispielsweise kippte der Kantonsrat die Mittel für individuelle Lohnanpassungen, wie sie zwischen Personalverbänden und Regierung ausgehandelt worden waren. Die Verbände sprachen daraufhin von Lohnungerechtigkeit und fürchten um die Konkurrenzfähigkeit des Kantons als Arbeitgeber – gerade bei jüngeren Mitarbeitenden.

Im Kanton St. Gallen kritisierten in einem offenen Brief mehr als tausend Mitarbeitende der Staatsverwaltung die mangelnde Wertschätzung, worauf sich die Regierung veranlasst sah, ihnen «sehr gute und kompetente Arbeit» zu attestieren. Die Kritik entzündete sich an einem neuen Lohnsystem. Nach Ansicht der Mitarbeitenden führt es dazu, dass sich Leistung nicht mehr wirklich lohne und der Kanton nicht mehr als verlässlicher Arbeitgeber wahrgenommen werde. Schon seit Jahren vermindere sich die Attraktivität einer Anstellung beim Kanton.

Basel-Stadt zeigt sich auch hier als Musterknabe. Die Finanzkommission des Grossen Rats hat die Gefahr für den Arbeitgeber Staat offensichtlich erkannt: «Die Arbeitsbedingungen des Staatspersonals müssen konkurrenzfähig bleiben», stellte sie bei der Behandlung des Budgets 2019 fest. Es bestehe die Gefahr, «dass die Löhne nicht mit der Privatwirtschaft mithalten können, insbesondere in der aktuellen Situation, wo die Lohn-tabellen seit 2010 unverändert sind».

Prämienbelastung ist weniger hoch als behauptet

Das Bundesamt für Gesundheit legt Statistiken mit fragwürdigen Zahlen zur Krankenversicherung vor

SIMON HEHLI

Es ist eine hochpolitische Frage: Wie viel bezahlen die Schweizer Haushalte an Krankenkassenprämien? In einem Communiqué zu den Prämienverbilligungen hatte das Bundesamt für Gesundheit (BAG) letzte Woche eine erschreckende Antwort parat: «2017 entsprach die durchschnittliche finanzielle Belastung durch die Krankenversicherung 14 Prozent des verfügbaren Einkommens aller Haushalte in allen Kantonen.» Dieser Satz tauchte danach in der Berichterstattung zahlreicher Medien auf, und auch die NZZ schrieb unter Verweis auf das BAG, die Haushalte müssten durchschnittlich 14 Prozent für die Grundversicherung aufbringen. Doch das ist falsch.

Eine grosse Diskrepanz

Die neusten Zahlen des Bundesamtes für Statistik (BfS) betreffen das Jahr 2016. Damals betrug das verfügbare Monatseinkommen pro Haushalt durchschnittlich 7124 Franken. Die Prämien für die Grundversicherung von 626 Franken sind da, zusammen mit Steuern und Sozialversicherungsbeiträgen, steu- und abgezogen – sie sind ja ebenfalls eine obligatorische Abgabe. Setzt man die Prämien in Relation zum durchschnittlichen Bruttoeinkommen von rund 10 000

Franken, machen sie «nur» noch rund 6,2 Prozent aus. Selbst wenn man noch die Ausgaben für Zusatzversicherungen (141 Franken) und weitere Gesundheitsausgaben etwa für die Franchise oder Medikamente (244 Franken) hinzunimmt, bleibt man unter 10 Prozent.

Woher kommt also die Differenz zu den ominösen 14 Prozent? Diese bezögen sich nur auf die Haushalte «in bescheidenen finanziellen Verhältnissen», präzisiert das BAG auf Anfrage. Tatsächlich fokussiert der Monitoringbericht zu den Prämienverbilligungen auf die Geringverdiener, da nur diese Bevölkerungsgruppen die staatlichen Zuschüsse erhalten. Es geht also um die Frage, wie belastend die Krankenkassenrechnung für die Haushalte trotz Prämienverbilligungen ist. Dabei zeigen sich grosse kantonale Unterschiede – nicht nur wegen der Einkommensunterschiede, sondern auch, weil die Regierungen unterschiedlich grosszügig sind bei den Verbilligungen. So müssen einkommensschwache Bewohner der Kantone Baselland und Jura laut BAG im Schnitt sogar 18 Prozent ihres verfügbaren Einkommens für die Grundversicherung ausgeben.

Auch hinter diese Zahlen gilt es allerdings ein Fragezeichen zu setzen. Denn die Autoren des Monitoringberichts gehen mangels präziserer Daten davon aus, dass die untersuchten Haushalte die

durchschnittliche Standardprämie bezahlen, inklusive freie Arztwahl und Franchise à 300 Franken. Doch das ist unrealistisch: Gerade Personen mit knappen finanziellen Mitteln dürften Möglichkeiten nutzen, um Kosten zu senken – indem sie zu einer günstigen Kasse wechseln und statt der Standardprämie ein alternatives Modell wie Telmed sowie eine höhere Franchise wählen.

Eine politische Agenda?

Der BAG-Bericht rechnet beispielsweise für den Kanton Zürich mit einer Erwachsenenprämie von rund 480 Franken. Die günstigste Prämie lag jedoch 2017 bei unter 200 Franken, in der Stadt etwas höher. Eine vierköpfige Zürcher Familie mit einem Bruttoeinkommen von 70 000 Franken erhält mehr als 3000 Franken Prämienverbilligung. Ist sie kostenbewusst, kann sie selber dafür sorgen, dass sie lediglich etwa 7 Prozent des Einkommens für die Krankenkasse aufwerfen muss – und nicht 16 Prozent, dem Bericht gemäss der hypothetische Durchschnittswert im Kanton. Dass «arme» Haushalte absolut gesehen weniger für die Grundversicherung ausgeben als «reiche», zeigt auch die Haushaltsbudgeterhebung des BfS. Krankenkassenexperte Felix Schneuwly vom Vergleichsdienst Comparis hebt den Ver-

dacht, dass das BAG die Belastung durch die Prämien extra höher darstellt, als sie ist. «Denn dadurch lassen sich Sparmassnahmen bei den Gesundheitskosten besser rechtfertigen.» Auch in Bezug auf die missverständliche Kommunikation zu den 14 Prozent stellt sich die Frage, ob allenfalls eine politische Agenda dahintersteckt. Schliesslich hat die SP eine Initiative angekündigt, mit der sie die Ausgaben der Haushalte für die Grundversicherung auf 10 Prozent des verfügbaren Einkommens beschränken will. Jede Meldung, die das Narrativ der unbezahlbar gewordenen Prämien stützt, kommt der Partei entsprechend gelegen.

Das BAG gehört zum Innendepartement von SP-Bundesrat Alain Berset. Leiter des Direktionsbereichs Kranken- und Unfallversicherung ist Thomas Christen, ehemaliger SP-Generalsekretär. Doch BAG-Sprecher Grégoire Gogniat dementiert einen Zusammenhang mit der kürzlich lancierten Initiative der Sozialdemokraten, dies alleine schon aufgrund des zeitlichen Ablaufs. Der Monitoringbericht über die Wirksamkeit der Prämienverbilligung erscheine alle drei bis vier Jahre. Bereits im Frühling des vergangenen Jahres sei entschieden worden, die Situation im Jahr 2017 prüfen zu lassen, betont Gogniat. «Die Veröffentlichung des Berichts war von Anfang an für den Dezember 2018 geplant.»

Stadtpräsident von Montreux verteidigt Spesen

Laurent Wehrli machte letztes Jahr 40 000 Franken geltend

fum. Seit der Genfer Rechnungshof Anfang November die hohen Spesenbezüge der Genfer Stadtregierung angeprangert hat, schlägt das Thema in der Romandie Wellen. Das neuste Kapitel hat die Zeitung «La Liberté» geschrieben: Demnach hat Laurent Wehrli, der Stadtpräsident von Montreux, letztes Jahr Spesen in der Höhe von rund 40 000 Franken geltend gemacht – zusätzlich zu den 9000 Franken Pauschalspesen, die ihm zustehen. Ins Gewicht fielen notabene Flugkosten, Hotelübernachtungen und Verpflegungen bei acht bis zehn Reisen.

Wehrli, der zusätzlich für die FDP im Nationalrat amtiert, musste sich deswegen vor der Finanzkommission des Nationalrats erklären. Fragen warfen insbesondere zwei Reisen ins saudi-arabische Riad und ins südafrikanische Clarens auf, weil er von seiner Frau und teilweise von seinen Kindern begleitet war. Deren Visa-Kosten gingen auf Kosten der Gemeinde. Wehrli erklärt, dass er nichts zu verbergen habe und alle Ausgaben gerechtfertigt gewesen seien – was ihm auch die Finanzkommission beschieden habe. Dennoch hat diese nun beschlossen, die Regeln für die Spesenabrechnungen zu revidieren.